

Vorlage für die Sitzung des Senats am 19.12.2017

„Beteiligungsbericht 2016 der Freien Hansestadt Bremen“

A. Problem

Zur Steuerung der ausgegliederten Organisationseinheiten werden Informationen über die Art und den Umfang der Aufgabenerfüllung durch die Beteiligungen an privatwirtschaftlichen Unternehmen, Eigenbetriebe, Stiftungen des öffentlichen Rechts und Anstalten des öffentlichen Rechts der Freien Hansestadt Bremen benötigt.

B. Lösung

Die Senatorin für Finanzen legt daher dem Senat regelmäßig einen Beteiligungsbericht vor. Mit diesem Bericht erfolgt eine umfassende Dokumentation, an welchen Gesellschaften die Freie Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) beteiligt ist und in welchen Teilen die öffentlichen Aufgaben durch Eigenbetriebe erfüllt werden. Die Auswahl der Gesellschaften, über die umfassender berichtet wird, ist auf die wesentlichen Beteiligungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen beschränkt. Der beiliegende Bericht über das Berichtsjahr 2016 enthält verglichen mit dem Vorjahresbericht folgende Änderungen:

- Aufgrund des Verkaufs der Anteile an der ATB – Institut für angewandte Systemtechnik Bremen GmbH mit Wirkung zum 31.11.2016 entfällt die Berichterstattung über die ATB.
- Durch die Verschmelzung der Besitzgesellschaft Science Center GmbH mit ihrer Tochtergesellschaft Universum Management GmbH (UMG) wird fortan nur noch über die UMG berichtet.

C. Alternativen

keine

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Erstellung des Berichts hatte keine unmittelbaren, finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Der Bericht ist geeignet, die geschlechterausgeglichene Besetzung der Überwachungsgremien zu bewerten. Hierfür wird insbesondere auf die Übersicht zur geschlechterbezogenen Zusammensetzung der Aufsichtsgremien und Geschäftsführungen im Abschnitt A des Berichts verwiesen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Der Bericht und die Senatsvorlage sind mit der Senatskanzlei, der Senatorin für

Kinder und Bildung, dem Senator für Kultur, der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz abgestimmt. Die Vorlage wurde der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur Kenntnis gegeben.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Der Beteiligungsbericht 2016 ist zur Veröffentlichung vorgesehen.

G. Beschluss

Der Senat nimmt den Beteiligungsbericht 2016 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen den Bericht dem Controllingausschuss (Land und Stadt) zuzuleiten.